

SCHWERPUNKT: BUNDESTAGSWAHL 2009

„Steuersenkungen sind nicht so unsinnig, wie es zunächst scheint“

In der kommenden Legislaturperiode wird eine schwarz-gelbe Bundesregierung die deutsche Politik bestimmen. Beide Parteien haben im Wahlkampf bereits einige Festlegungen getroffen, die in den Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen werden. Das betrifft etwa das Versprechen von Steuersenkungen. Angesichts der dramatischen Lage der öffentlichen Haushalte und der enormen wirtschaftspolitischen

Herausforderungen nach der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg sind zudem weitere wichtige Weichenstellungen notwendig, um das Land wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen. Außerdem müssen die sozialen Sicherungssysteme neu justiert und eine drohende Spaltung der Gesellschaft abgewendet werden. Denn Letzteres würde das Grundvertrauen in die

Soziale Marktwirtschaft bedrohen und damit die Basis unseres Wirtschaftssystems zerstören. Die Börsen-Zeitung hat fünf Chefvolkswirte zu Kernbereichen der künftigen Wirtschaftspolitik unter der neuen Koalition befragt. Was erwarten sie von der nächsten Regierung? Was fordern sie? Und von welchen Ideen sollte sich Schwarz-Gelb schnellstens verabschieden?



Michael Heise (Allianz)



Jörg Krämer (Commerzbank)



Ulrich Kater (DekaBank)



Norbert Walter (Deutsche Bank)



Hans Jäckel (DZ Bank)

<p><b>1) Haushaltskonsolidierung und das gleichzeitige Versprechen von Steuersenkungen halte ich für...</b></p>	<p>... miteinander vereinbar. Wir dürfen Korrekturen im Steuersystem nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.</p>	<p>... prinzipiell vereinbar – zumindest in der langen Sicht. Denn maßvolle Steuerentlastungen sind eine Voraussetzung dafür, dass die Anreize für Arbeiten und Investieren stimmen und die Wirtschaft und die Steuereinnahmen ausreichend wachsen.</p>	<p>... nicht so unsinnig, wie es auf den ersten Blick scheint, wenn man es miteinander angeht. Eine Steuerstrukturreform mit leicht entlastenden Effekten bei der Einkommensteuer ist möglich und auch konjunkturell 2010 noch sinnvoll, bevor danach die Konsolidierung konsequent angegangen werden muss – idealerweise unterstützt durch die angestoßenen Wachstumseffekte.</p>	<p>... sinnvoll, da nur mit einer Entlastung der Leistungsträger wieder Wachstum erreicht wird; eine der zentralen Voraussetzungen für eine Haushaltssanierung durch Einnahmedynamik.</p>	<p>... problematisch. Erwartungen, dass die Steuerlast insgesamt sinkt, werden sich nicht befriedigen lassen. Wenn nur punktuell Steuern gesenkt werden, dann wird das für heftige Diskussionen in der Regierung und in der Öffentlichkeit sorgen, denn es gibt ja kaum eine Steueränderung, die nicht auch verteilungspolitische Wirkungen hätte.</p>
<p><b>2) Die von CDU/CSU und FDP versprochenen Steuersenkungen finanzieren sich...</b></p>	<p>... zu einem gewissen Teil selbst. Eine niedrige Abgabenbelastung erhöht die Arbeitsanreize und stärkt die Kaufkraft. Zudem muss das Wachstum der Staatsausgaben deutlich unter dem Wachstum des BIP zurückbleiben, wie in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen.</p>	<p>... teilweise auch in der kurzen Frist von selbst. Vor allem nähren sie die Hoffnung, dass es bei Steuern nicht immer nach oben geht.</p>	<p>... wahrscheinlich nicht vollständig selber. Eine Steuerreform wird auch – zeitlich versetzt – einnahmenerhöhende Elemente enthalten.</p>	<p>... durch eine Beschränkung der Ausgabenseite (Subventionen, Sozialleistungen) und sind langfristig über Leistungsanreize für die Beschäftigten finanzierbar.</p>	<p>... bis zu einem gewissen Grad über das Wachstum der Steuerbasis – ab 2012 ist ja wieder mit einigermaßen befriedigendem Wirtschaftswachstum zu rechnen, und erfahrungsgemäß wird häufig unterschätzt, wie stark das Steueraufkommen darauf reagiert – in beide Richtungen.</p>
<p><b>3) Um eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes wird...</b></p>	<p>... die Regierung herumkommen, wenn sie Ausgabendisziplin wahrt. Aus ökonomischer Sicht ist von einer Mehrwertsteuererhöhung abzuraten. Zudem würde ein solcher Schritt der Glaubwürdigkeit der Regierung schaden.</p>	<p>... die Regierung dann herumkommen, wenn sie die Einkommensteuer lediglich moderat senkt und den Anstieg der Staatsausgaben begrenzt.</p>	<p>... die Koalition wohl nicht herumkommen. Allerdings nicht in naher Zukunft: alle Steuererhöhungen im kommenden Jahr wären aus konjunktureller Sicht sehr gefährlich.</p>	<p>... sollte nicht debattiert werden, da eine weitere Erhöhung nur zu Ausweichreaktionen in Form eines blühenden Schwarzmarktes führt.</p>	<p>... die Regierung nicht lange diskutieren müssen, sondern sie schnell ausschließen. So wie die Kanzlerin betont hat, dass sie die letzte Erhöhung angekündigt und auch durchgesetzt hat, wird sie auch jetzt darauf bestehen, dass das Versprechen, nicht zu erhöhen, eingehalten wird.</p>
<p><b>4) Eine Steuerstrukturreform sollte Schwarz-Gelb...</b></p>	<p>... sowohl bei der privaten Einkommensteuer als auch bei der Unternehmenssteuer unmittelbar angehen.</p>	<p>... auf jeden Fall unternehmen. Ein einfaches Steuersystem schont die Nerven der Bürger und erhöht die Gerechtigkeit. Außerdem führt es nicht notwendigerweise zu weniger Staatseinnahmen.</p>	<p>... dazu nutzen, investitions- und sparsame Elemente im Steuersystem zu reduzieren, leichte Entlastungen bei mittleren Einkommen zu erreichen sowie das Steuersystem weiter zu vereinfachen.</p>	<p>... unbedingt angehen, damit die Leistungsträger wieder angemessen für ihre Arbeit kompensiert werden und das Steuersystem für jedermann endlich verständlicher wird.</p>	<p>... ernsthaft angehen. Die stabile Regierungsmehrheit bietet die Chance auf eine breite, ergebnisorientierte Diskussion für eine Verbreiterung der Steuerbasis und Vereinfachung des Systems. Die Öffentlichkeit steht einer grundlegenden Reform offener gegenüber, als die Regierung meint.</p>
<p><b>5) Die Einführung einer PKW-Maut als zusätzliche Einnahmequelle des Staates halte ich für...</b></p>	<p>... vertretbar, wenn sie technisch ausgereift ist, die richtigen Steuerungsimpulse setzt und die Kraftfahrzeugsteuer ersetzt.</p>	<p>... wenig praktikabel, weil die Autofahrer dann in Scharen auf die Landstraßen ausweichen.</p>	<p>... nicht ausreichend angesichts der Haushaltsproblemlage. Sie ist zudem nicht durchsetzbar.</p>	<p>... eine gute Idee, um auch ausländische Kraftfahrer an der Amortisation unserer Straßen zu beteiligen.</p>	<p>... nur dann konsensfähig, wenn die sonstigen Steuern auf das Autofahren entsprechend gesenkt werden. Im Ergebnis bleiben die Einnahmen von Ausländern, die deutsche Straßen benutzen – und das wäre eine Größenordnung, die nicht sehr viel ausmacht.</p>
<p><b>6) Die Einhaltung der Schuldenbremse und der Maastrichter Defizitregeln sind...</b></p>	<p>... langfristig unabdingbar, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten.</p>	<p>... wichtig, weil einem zu hoch verschuldeten Staat irgendwann die Mittel fehlen, seinen Bürgern und Unternehmen eine ordentliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Außerdem steigt der Druck auf die Notenbank, mehr Inflation zuzulassen.</p>	<p>... eine der wesentlichen Bedingungen, um das Vertrauen in den Kapitalmärkten gegenüber den europäischen Staaten zu erhalten. Daher sind auch die Potenziale für Steuersenkungen begrenzt.</p>	<p>... erforderlich, weil der Staat sonst bald handlungsunfähig ist.</p>	<p>... für mich der entscheidende Test, ob diese Regierung wirklich von der Wirtschaft mehr versteht, und zugleich entscheidend für die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in unsere Wirtschaftspolitik. Die Spekulation auf „selbstfinanzierende“ Steuersenkungen passt dazu nicht.</p>
<p><b>7) Um die Staatsausgaben zu senken, muss die neue Bundesregierung...</b></p>	<p>... alle Budgetposten auf den Prüfstand stellen und eine geeignete Politik für mehr Wachstum und höhere Beschäftigung umsetzen.</p>	<p>... alle Staatsausgaben auf den Prüfstand stellen, auch die Subventionen.</p>	<p>... den Bundeshaushalt sorgfältig durchkämmen. Ohne Richtungsentscheidungen sind außer einigen Subventionsmilliarden keine wesentlichen Senkungen möglich. Entscheidend wird sein, ob man die absehbare Aufwärtsdynamik bei den Ausgaben in den Griff bekommt.</p>	<p>... auch nach tabuisierten Maßnahmen greifen; auch wenn diese in der Bevölkerung auf Widerstand stoßen.</p>	<p>... sich selber eine Meinung bilden, denn die Entscheidung über die Verwendung staatlicher Mittel ist eine Kernaufgabe von Parlament und Regierung. Besonders wenn damit Umverteilungswirkungen verbunden sind, können Bank-Volkswirte der Politik diese Entscheidung nicht abnehmen.</p>
<p><b>8) Sofortmaßnahmen/Korrekturen bei der Erbschaftsteuer und der Unternehmensbesteuerung sind...</b></p>	<p>... dringlich. In einer schweren Rezession müssen Fremdkapitalkosten von der Steuer absetzbar sein, und es muss auch eine Anpassung des Beschäftigungsstandes ohne Steuernachteile möglich sein.</p>	<p>... notwendig, um beispielsweise zu verhindern, daß ein Erbfall die Existenz eines Familienunternehmens gefährdet.</p>	<p>... Teil einer umfassenden Steuerreform und sollten nicht separat angegangen werden.</p>	<p>... sinnvoll, da sie keine großen Aufkommenseffekte versprechen, aber Wachstumsimpulse auslösen.</p>	<p>... Teil der Hausaufgaben der neuen Regierung.</p>
<p><b>9) Die Sozialbeiträge werden in der kommenden Legislaturperiode...</b></p>	<p>... zunächst kräftig ansteigen, die weitere Entwicklung hat die Regierung mit ihren Reformen dann selbst in der Hand. Insbesondere im Gesundheitswesen sind mehr marktwirtschaftliche Elemente einzubringen, um die Effizienz zu steigern und damit die Kosten zu senken.</p>	<p>... nur dann nicht steigen, wenn es die bürgerliche Koalition wagt, die Sozialversicherungen zu reformieren.</p>	<p>... steigen. Was in der vergangenen Legislaturperiode vollkommen untergegangen ist, wird die kommende Regierung wieder mit aller Macht herausfordern: die Dynamik in den Sozialversicherungssystemen und die daraus folgenden Reformfragen.</p>	<p>... keine Einnahmealternative sein, da sie die Schattenwirtschaft vergrößern und Leistungsverweigerung auslösen.</p>	<p>... sicher nicht sinken. Die Finanzierung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bedeutet eine Belastung, die bei der letzten Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht erwartet worden war. Die Zukunft der Rentenbeiträge hängt von weitreichenderen Entscheidungen ab.</p>
<p><b>10) Die FDP wird sich mit ihrer Forderung nach Arbeitsmarktreformen...</b></p>	<p>... nur sehr punktuell durchsetzen. Wichtig aber ist, dass nicht vergangene Reformen zurückgedreht werden.</p>	<p>... punktuell durchsetzen. Das Kündigungsschutzgesetz als solches bleibt. Aber es wäre denkbar, dass der Schwellenwert, ab dem das Kündigungsschutzgesetz greift (derzeit: 11 Beschäftigte), leicht angehoben wird.</p>	<p>... hoffentlich weiter in die Diskussion einbringen, denn es ist eine entscheidende Frage für den Erfolg der nächsten Regierung, wie die Regeln am Arbeitsmarkt und in der Arbeitslosenversicherung weiterentwickelt werden, was also aus der Agenda 2010 wird.</p>	<p>... schwertun, da beim Koalitionspartner und der Bevölkerung erhebliche emotionale Widerstände gegen eine vernünftige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bestehen.</p>	<p>... schwertun, jedenfalls soweit diese in das alte Polarisierungsmuster „sozial versus wirtschaftsfreundlich“ fallen. Denn die Kanzlerin scheint fest entschlossen, auch in der kommenden Legislaturperiode eine Politik des sozialen Ausgleichs zu betreiben.</p>
<p><b>11) Branchenorientierte Mindestlöhne wird die neue Koalitionsregierung...</b></p>	<p>... tolerieren. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist nicht in Sicht.</p>	<p>... zwar nicht abschaffen, jedoch nicht auf andere Branchen ausweiten.</p>	<p>... nicht mehr benötigen, wenn die Bürgergeld-Konzeption umgesetzt würde.</p>	<p>... hoffentlich nicht verabschieden, um den Geringverdienern nicht die Chance zu nehmen, auf dem Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden.</p>	<p>... nicht grundsätzlich in Frage stellen, aber bei der Neuaufnahme von Branchen deutlich restriktiver sein als bisher. Interessant wird die Frage, da die Einführung flächendeckender Mindestlöhne eine Forderung ist, in der sich die drei Oppositionsparteien einig sind.</p>
<p><b>12) Die Rentengarantie muss Schwarz-Gelb...</b></p>	<p>... voraussichtlich wieder auf den politischen Prüfstand stellen.</p>	<p>... eigentlich in Frage stellen. Wie will man die gesetzliche Rentenversicherung auf Dauer erhalten, wenn die Renten nicht einmal dann fallen dürfen, wenn die Arbeitseinkommen der Beitragszahler sinken?</p>	<p>... wahrscheinlich rückgängig machen. Sollte aufgrund einer längeren gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung ist ein Druck auf Löhne und Gehälter einsetzen, wäre eine solche Garantie ohnehin nicht systemkonform gewesen.</p>	<p>... rückgängig machen, damit die Generationengerechtigkeit nicht auf der Strecke bleibt und der demografischen Entwicklung Rechnung getragen wird.</p>	<p>... etwas niedriger hängen. Konkret und fest lässt sich hier auf längere Sicht so wieso nichts garantieren. Eine Formulierung, die gleichzeitig konkret und glaubwürdig ist, wird sich nicht finden lassen.</p>
<p><b>13) Deregulierung und Flexibilisierung sind politische Ziele, die...</b></p>	<p>... sich keineswegs überholt haben. Deutschland braucht mehr Investitionen, Innovationen und Unternehmertum, um wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Darum geht es.</p>	<p>... zwar selten so unpopulär waren wie heute, an denen aber auf die Dauer kein Weg vorbeiführt.</p>	<p>... mit Augenmaß angestrebt werden sollten. Vor allem muss mit Argumenten für eine solche Politik geworben werden. Die Dominanz der Ökonomie wird vielerorts als unerträglich angesehen. Hier sind alle zur Diskussion aufgerufen, Meinungen bilden sich in der Abwägung von Alternativen.</p>	<p>... heute politisch als nicht opportun erscheinen. Dennoch sind viele Maßnahmen aus dieser Kategorie unverzichtbar.</p>	<p>... im Wahlkampf von beiden Seiten ideologisch überfrachtet worden sind. Wenn wieder Nüchternheit eingekehrt ist, können sich in vielen konkreten Fällen bestimmte Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen als durchaus konsensfähig und durchsetzbar herausstellen.</p>
<p><b>14) Die Einführung einer Börsen-Umsatzsteuer wäre...</b></p>	<p>... ein Alleingang der Bundesregierung, der für die Aktienkultur und die Eigenkapitalfinanzierung in Deutschland einen weiteren Rückschlag bedeuten würde. Im Übrigen würden bei einer Börsenumsatzsteuer nicht die Finanzinstitute, sondern letztlich deren Kunden belastet.</p>	<p>... ein Nachteil für den Finanzplatz Deutschland.</p>	<p>... politisch naiv, denn die notwendige internationale Übereinstimmung ist nicht erreichbar. Die Folgen einer einseitigen Einführung für den Finanzstandort Deutschland wären verheerend.</p>	<p>... wäre „Sand im Getriebe“ der Wirtschaft – sie reduziert Wachstum, weil die Unternehmen sich zu einem höheren Preis refinanzieren müssen. Motoren steuert man besser mit Gas und Bremse als mit Sand im Getriebe.</p>	<p>... eine falsche Konsequenz aus der Finanzkrise. Denn die Börsen-Umsatzsteuer ändert an den Ursachen der jetzigen Krise nichts und würde deshalb auch die Kritiker der „Casino-Mentalität“ nicht nachhaltig ruhigstellen. Als Einnahmenbringer wäre sie ebenfalls nicht erste Wahl.</p>